

Stand: 01.06.2026 12:12:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12187

"Stärkung der bayerischen Recyclingbranche vorantreiben: Jetzt neue Impulse setzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12187 vom 01.06.2026



Antrag

der Abgeordneten **Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Stärkung der bayerischen Recyclingbranche vorantreiben: Jetzt neue Impulse setzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten im Bereich Recycling und Entsorgung systematisch auf Doppelstrukturen und mittelstandsfeindliche Belastungen zu überprüfen.

Dabei sind vor allem folgende Maßnahmen umzusetzen:

- praxisnahe Vollzugshinweise und Muster für kleine und mittlere Unternehmen
- Überprüfung landesrechtlicher und vollzugsbezogener Anforderungen darauf, ob sie über Bundes- oder EU-Vorgaben hinausgehen und sachlich weiterhin erforderlich sind
- Erstellung eines Konzeptes, um die Vergabepaxis des Freistaates so weiterzuentwickeln, dass Recyclingprodukte und Sekundärrohstoffe bei gleicher technischer Eignung nicht gegenüber Primärrohstoffen benachteiligt werden
- Beschleunigung und stärkere Digitalisierung von Antragsverfahren für relevante Genehmigungen

Begründung:

Die Recycling- und Entsorgungswirtschaft ist eine zentrale Umwelt-, Rohstoff- und Standortinfrastruktur für Bayern. Sie trägt dazu bei, Abfälle sicher zu behandeln, Primärrohstoffe zu ersetzen, Deponieraum zu schonen und industrielle Wertschöpfung regional zu sichern. Gleichzeitig steht die Branche unter erheblichem wirtschaftlichem Druck.

Als zentrale Belastungen gelten schwache Absatzmärkte für Sekundärrohstoffe, steigende Personal-, Energie-, CO₂- und Bürokratiekosten sowie unsichere politische Rahmenbedingungen. Hinzu kommen lange Genehmigungsverfahren, neue Nachweis- und Dokumentationspflichten sowie fehlende verlässliche Nachfrage nach Recyclingmaterialien.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen der bayerischen Recycling- und Entsorgungswirtschaft benötigen einfache, digitale und interoperable Verfahren. Der Freistaat steht in der Pflicht, die Recycling- und Entsorgungsbranche für die Zukunft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und schnell unterstützende Maßnahmen auf den Weg zu bringen.